

Sonderschulen platzen aus allen Nähten

Schulen müssen möglichst viele Kinder mit Behinderungen und Lernschwierigkeiten in Regelklassen unterrichten. Das hat den paradoxen Effekt, dass mehr Kinder Plätze in Sonderschulen suchen.



René Albertin, Präsident der Zürcher Schulheime, mit seinen Zöglingen im Pestalozziheim in Rätterschen. (Bild: Dominique Meienberg)

Über 1000 Anfragen zählten die Zürcher Schulheime und Sonderschulen zwischen dem 1. Oktober 2008 und dem 30. September 2009: Anfragen von Jugendbehörden und Schulen, aber zunehmend auch von verzweifelten Eltern, die einen Sonderschulplatz für ihre Kinder suchten. Nur 90 Kinder konnten sofort aufgenommen werden. Fast 200 Kinder standen im September 2009 auf den Wartelisten. Die Auslastung der Sonderschulen liegt heute bei bis zu 95 Prozent. «Früher suchten Eltern nach dem besten Platz – heute sind sie froh, wenn sie einen bekommen, auch wenn er für ihr Kind nicht optimal ist», sagt René Albertin, Leiter des Pestalozzihauses in Rätterschen und Präsident der Vereinigung der Leiterinnen und Leiter von Zürcher Schulheimen.

Für Albertin ist klar: Einer der Hauptgründe für diese Zunahme ist das neue Volksschulgesetz. Es schreibt den Gemeinden vor, dass möglichst viele Kinder mit Behinderungen und Lernschwierigkeiten in Regelklassen integrativ geschult werden müssen (siehe Kasten). Die Sonder- und Kleinklassen von früher sind weitestgehend abgeschafft worden, auch wenn sie theoretisch noch erlaubt wären. Damit falle eine Reihe von Kindern zwischen Stuhl und Bank, die in Sonderklassen tragbar gewesen wären, in Regelklassen aber nicht, sagt Albertin: «Diese Kinder müssen nun in Sonderschulen.» Das bestätigt auch Lukas Bucher, Präsident der Zürcher

Schulpsychologinnen und Schulpsychologen: «Es gibt heute eindeutig mehr Kinder, die Sonderschulplätze suchen.»

Die Notfälle nehmen zu

Erschwerend kommt hinzu, dass die Zahl der Schulkinder mit Störungen und Behinderungen in den letzten zehn Jahren von rund 2700 auf rund 3700 gestiegen ist. Rund 500 davon werden integrativ gefördert, die übrigen besuchen Sonderschulen. Teilweise lasse sich dieser massive Anstieg mit den besseren Diagnosemöglichkeiten erklären, sagt Albertin. Aber nicht nur: «Es gibt tatsächlich mehr Störungen, und sie wirken sich in unserer Gesellschaft stärker aus. Kinder, die man früher einfach mitgeschleppt hätte, sind in der heutigen Schule kaum mehr tragbar.»

Die Zahl der Sonderschulplätze halte mit dieser Entwicklung nicht mit. «Wir dürfen keine zusätzlichen Plätze mehr anbieten, obwohl der Bedarf ausgewiesen wäre», klagt Albertin. «Der Kanton hat den Sonderschulbereich in den letzten drei Jahren links liegen lassen.» Die Folge sei, dass immer mehr Kinder in einen «wuchernden Graubereich» aus Timeouts, Einzelunterricht und Übergangslösungen landeten. Die Zahl der notfallmässigen Anfragen nehme zu, sagt der Heimleiter.

Albertins Beobachtung teilen Kinder- und Jugendpsychiater. In einer Petition an die Schweizerische Erziehungsdirektorenkonferenz halten sie fest: «Immer wieder müssen wir feststellen, dass die Kinder und Jugendlichen eine Zeitlang viel Goodwill, Zuwendung und enge Begleitung erfahren – bis der Vorrat an psychischer und pädagogischer Energie der Lehrpersonen aufgebraucht ist. Nicht selten muss dann notfallmässig eine Lösung ausserhalb der Schule gefunden werden.»

Er wisse nicht von mehr Notfällen, sagt hingegen Schulpsychologin Bucher. «Aber es gibt deutlich mehr überforderte Schulklassen.» Vor allem bei Verhaltensstörungen könne die IF extrem schwierig werden. Das liege aber auch daran, dass die Lehrer zu wenig unterstützt würden. Oft seien die Vorabklärungen zu wenig genau: «Manche Lehrer werden durch die Zuteilungen völlig überrascht.» Und der Aufwand sei für alle Beteiligten enorm.

Mehr Mittel für die Integration

Das bestätigen betroffene Eltern – selbst solche, die voll und ganz hinter der Integrativen Förderung stehen. Für flexible Lösungen fehlten die Ressourcen, das System sei viel zu starr und zu personenabhängig, sagt eine Mutter: «Wenn die Zusammenarbeit mit Lehrern und Heilpädagogen nicht klappt, kommt man in Teufels Küche.» Auch eine andere Mutter kann davon ein Lied singen: Ihr Kind flog zweimal praktisch ohne Vorwarnung aus der Regelklasse.

Im Volksschulamt weiss man um die Schwierigkeiten. «Für Kinder, die so auf der Kippe sind zwischen Kleinklasse und Sonderschule, kann die Auflösung der Kleinklassen tatsächlich ein Problem werden», sagt Martin Wendelspiess, Chef des [Zürcher Volksschulamts](#). Dennoch ist eine Aufstockung der Sonderschulplätze vorerst kein Thema für ihn. Vielmehr müsse die integrative Förderung ausgebaut und verbessert werden. Dass es einen Graubereich aus Timeouts und Einzelunterricht

gebe, streitet er nicht ab: «Das ist eine Realität. Aber das wäre auch ohne integrative Förderung so, denn für diese Kinder gibt es nie eine einfache Lösung.»

Viel wichtiger ist es in den Augen von Wendelspiess, dass das System flexibler wird – auch in finanzieller Hinsicht. Wenn heute eine Gemeinde ein Kind in eine Sonderschule schickt, kostet sie das mehrere Zehntausend Franken pro Jahr. Dieses Geld darf die Gemeinde aber nicht zugunsten einer integrativen Lösung einsetzen. Besucht dasselbe Kind die Volksschule, muss seine Förderung aus dem normalen Schulbudget finanziert werden – mit dem Resultat, dass dieses Geld anderswo fehlt.

Das will das Volksschulamt ändern. Im neuen sonderpädagogischen Konzept des Kantons, das derzeit in der Vernehmlassung ist, ist genau dies vorgesehen. Allerdings ist zusätzlich eine Gesetzesänderung nötig, bis die Gemeinden wirklich die geforderte Flexibilität erhalten. Für Wendelspiess ist dies zentral: «Nur so können die Gemeinden für jedes einzelne Kind die optimale Lösung finden.» Bis das Gesetz in Kraft tritt, wird es aber voraussichtlich 2012 – sofern der Kantonsrat zustimmt. Und bis dann? «Wir können nur an die Gemeinden appellieren, ihr Bestes zu tun.»

(Tages-Anzeiger)